**Falsche Angaben über Vermögen: US-Richter wirft Trump Betrug vor**
Juristische Konsequenzen könnten folgen. » SEITE 14

# Gießen: Ermittlungen gegen den Bürgermeister

**GIEßEN.** Die Kriminalpolizei und die Staatsanwaltschaft Gießen führen aufgrund einer Anfang September bei der Staatsanwaltschaft schriftlich erstatteten Strafanzeige ein Ermittlungsverfahren wegen des Anfangsverdachts der Untreue gegen den Bürgermeister der Stadt Gießen, Alexander Wright.

Ihm wird zur Last gelegt, den sogenannten „Gießener Verkehrsversuch" trotz der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Gießen vom 10. Juli 2023 fortgeführt zu haben und dadurch der Stadt einen Vermögensnachteil (erhöhte Rückbaukosten, etc.) zugefügt zu haben, heißt es in einer gemeinsamen Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Gießen und des Polizeipräsidiums Mittelhessen.

### Unterlagen sichergestellt

Im Zuge der Ermittlungen wurden im Laufe des Mittwochs, 27. September, durch Beamtinnen und Beamte der Polizei und der Staatsanwaltschaft in den Räumlichkeiten der Stadt Gießen am Berliner Platz diverse Unterlagen und Speichermedien sichergestellt, die nunmehr ausgewertet werden müssen.

Während der Maßnahmen sei es – insbesondere auch wegen des kooperativen Verhaltens des Beschuldigten – zu keinen besonderen Vorkommnissen gekommen, heißt es weiter in der Pressemitteilung. *red*

## KURZNOTIZEN

### Jugendliche stirbt nach Verkehrsunfall

**BAD WILDUNGEN.** Durch einen Verkehrsunfall im Landkreis Waldeck-Frankenberg ist eine Jugendliche ums Leben gekommen, fünf Menschen wurden verletzt – drei davon schwer. Wie die Polizei am Mittwoch mitteilte, war auf der Kreisstraße 40 bei Bad Wildungen ein 18-Jähriger am Dienstagabend mit seinem Fahrzeug aus ungeklärten Gründen auf die Gegenfahrbahn geraten. Dort stieß sein Auto mit einem anderen Wagen zusammen. Alle vier Insassen im Fahrzeug des 18-Jährigen wurden schwer verletzt – darunter auch eine 15-Jährige. Sie starb am Mittwoch im Krankenhaus, wie es hieß. Im zweiten Wagen wurden zwei Menschen leicht verletzt.

### Weniger Erbschaften

**WIESBADEN.** Erbschaften und Schenkungen sind 2022 für Hessinnen und Hessen insgesamt deutlich geringer ausgefallen als im Vorjahr. Rund 8,5 Milliarden Euro sind 2022 vererbt oder verschenkt worden – 3,8 Milliarden Euro weniger als noch im Jahr 2021, teilte das Statistische Landesamt am Mittwoch mit.

## Kunstaktion zur Bischofskonferenz

Die Installation „Shattered Souls ... in a Sea of Silence" aus kleinen Schaufensterpuppen, die in purpur-weißes Flatterband gewickelt sind, ist auf dem Dernschen Gelände in Wiesbaden aufgebaut. Sie stammt von dem Künstler Dennis Josef Meseg. Die Kinderfiguren sollen „den stillen Ruf missbrauchter Kinder nach Gerechtigkeit" symbolisieren.

Zeitgleich findet die Herbst-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Wiesbaden-Naurod statt. Noch bis Donnerstag, 28. September, beraten in Wiesbaden die Mitglieder der Deutschen Bischofskonferenz – auch über das Thema sexueller Missbrauch. Die Installation von Meseg war auch schon bei anderen Anlässen zu sehen.

*Foto: Arne Dedert/dpa*

# CDU geht als Favorit in Wahl

Drei Kandidaten drängen in die Staatskanzlei in Wiesbaden

VON ANDREA LÖBBECKE UND JENS ALBES

**WIESBADEN.** Schon seit fast zehn Jahren sitzen in Hessen CDU und Grüne zusammen auf der Regierungsbank – ändert sich das nach der Landtagswahl am 8. Oktober?

Umfragen zufolge könnte Schwarz-Grün zwar auch in eine dritte Amtszeit starten. Ministerpräsident Boris Rhein (51) aber, dessen CDU in Umfragen deutlich vorne liegt, sagte kürzlich der Deutschen Presse-Agentur, das Bündnis mit den Grünen sei zwar „sehr konstruktiv, sehr vertrauensvoll" – doch er habe immer auch den Kontakt zur SPD gepflegt. Es gebe mit ihr „ähnliche Erfahrungswelten als Volkspartei" sowie „die eine oder andere Gemeinsamkeit". Jede „lagerübergreifende Koalition" sei immer eine Herausforderung" und führe zu vielen Kompromissen. Festlegen wolle er sich erst nach der Wahl. Auch bei einer kürzlich von Hit Radio FFH und der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" organisierten Diskussionsrunde zeigen sich Rhein und sein Grünen-Herausforderer Tarek Al-Wazir keineswegs immer in Harmonie – obwohl sie sich duzen.

Die Spitzenkandidaten von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU zur hessischen Landtagswahl: Tarek Al-Wazir (von links, Grüne), Nancy Faeser (SPD) und Boris Rhein (CDU). FOTOS: DPA

### Auch eine Ampel ist möglich

In einer möglichen schwarz-roten Regierung müsste Rhein allerdings auf die landespolitische Zusammenarbeit mit der SPD-Spitzenkandidatin Nancy Faeser verzichten. Denn die 53-jährige Bundesinnenministerin würde nach eigenen Worten nur als Ministerpräsidentin zurück nach Hessen wechseln. Eine weithin spürbare Wechselstimmung gibt es nicht im Land, der Wahlkampf hat nach den Sommerschulferien nur langsam Fahrt aufgenommen. Die Spitzenkandidaten gehen insgesamt eher pfleglich miteinander um. Ein wirkliches landespolitisches Spitzenthema will sich nicht so recht herauskristallisieren. Auch Al-Wazir, der nach Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg zweiter Ministerpräsident seiner Partei werden will, merkte in der letzten Plenardebatte vor der hessischen Wahl an, dass nun im Landtag „die Luft brennen" müsste – „das ist jetzt hier nicht so ganz der Fall".

Immerhin spielen die höheren Belastungen der Kommunen wegen deutlich gestiegener Flüchtlingszahlen auch in Hessen zunehmend eine Rolle. Faeser bereitet zur besseren Bekämpfung von Schleusern neben der Schleierfahndung, also verdachtsunabhängigen Kontrollen etwa im Grenzgebiet, inzwischen zusätzliche Kontrollen an den Grenzen zu Polen und Tschechien vor.

Trotz des eher gemäßigten Wahlkampfs in Hessen gibt es für die Parteien genug Gründe, um Wählerstimmen zu kämpfen. Denn laut der jüngsten Umfrage sind noch etwa 15 Prozent der Wählerinnen und Wähler unentschieden, wo sie ihr Kreuzchen setzen wollen.

Sollten die Liberalen den Wiedereinzug ins Landesparlament in Wiesbaden schaffen, könnte es unter Umständen für eine Ampel unter SPD-Führung reichen.

### „Hessentrend"

**Beim „Hessentrend"** im Auftrag des Hessischen Rundfunks (hr) Mitte September kam die CDU auf 31 Prozent der Stimmen. Die SPD rangierte bei der Sonntagsfrage des Meinungsforschungsinstituts Infratest-dimap mit 18 Prozent dahinter und knapp vor der AfD und den Grünen mit jeweils 17 Prozent. Die FDP muss der Umfrage zufolge mit 5 Prozent Zustimmung um den Wiedereinzug ins Parlament zittern, Die Linke flöge mit 3 Prozent raus. Für die Freien Wähler würde es mit 3 Prozent ebenfalls nicht reichen. *dpa*

## TOMICEKS SPITZE FEDER